

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

20.4.1932 (No. 92)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon Nr. 956
und 954
Postfach Nr. 5513

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatshaushalt:
Chefredakteur
G. A. Menz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mal Höhe und ein Seitenbreit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, etwaiger Weigerung der Zahlung, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpölet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die kommenden Reichstagsverhandlungen

Der Reichsetat für 1932

Da große Parteien den Wunsch haben, daß der Reichstag baldigst zu einer wenigstens kurzen Tagung zusammentritt, rechnet man damit, daß der für Dienstag einberufene Alltagsrat die Einberufung des Reichstags für die ersten Maitage beschließen wird. Arbeitsstoff ist aus den Ausschussberatungen der letzten Monate in reichem Maße vorhanden. Dagegen wird der Etat für 1932 dem Reichstag bei dieser Tagung noch nicht vorliegen.

Das Reichskabinett will in der nächsten Woche, sofort nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf, den Etat verabschieden. In technischer Hinsicht ist der Etat im Reichsfinanzministerium bereits fertiggestellt. Es sind nur noch einige Fragen, die allerdings von entscheidender Bedeutung sind, offen, zu denen insbesondere die Frage der Arbeitslosenfürsorge gehört. Nach Abschluß der Kabinettsberatungen wird der Etat dem Reichsrat zugeleitet. Dort wird mit dem Eingang des Etats für Ende April oder spätestens Anfang Mai gerechnet. Da der Reichsrat für seine Beratungen etwa 2 bis 3 Wochen benötigt, ist die Verabschiedung des Etats durch den Reichsrat erst in der zweiten Maihälfte zu erwarten. Nach diesen Dispositionen wird der Etat also dem Reichstag erst Ende Mai vorgelegt werden können.

Ende Mai oder Anfang Juni beginnt dann die große Sommertagung des Reichstags. Da die vorläufige Etatregelung am 30. Juni abläuft und das neue Haushaltsjahr am 1. Juli beginnt, stehen dem Reichstag für die Etatberatung nur vier Wochen zur Verfügung. Man wird deshalb Ausschussberatung und Plenarberatung des Etats nebeneinanderlaufend durchführen müssen.

Optimistische Darlegungen Schachts

Eine Rundfunkrede Schachts

Vom deutschen Ausschuss innerhalb der internationalen Organisation für Radio-Ausstrahlung sprach als erster Redner der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht.

Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß er heute zu den amerikanischen Hörern in zureichenderem Ton sprechen könne, als dies das letztemal, im Herbst 1930, der Fall gewesen sei. Zwar glaube er, daß die Depression noch eine Weile andauern werde, doch sei an vielen Stellen eine psychologische Wandlung zum Besseren zu bemerken. Es werde immer klarer, daß die internationalen Nachkriegsverträge vielfach nur eine Verzerrung des ökonomischen Wahnsinns des Krieges bedeuteten und deshalb unhaltbar seien.

Auch eine Reihe der Siegerländer und neutralen Länder habe ihre ökonomischen und finanziellen Notwendigkeiten ganz oder beinahe aufgezehrt. Zwei Momente spielten dabei mit, erstens, daß ohne ein gedeihliches geschäftliches Leben kein Staat auf die Dauer existieren könne, und zweitens, daß eine Welt, die nur politisch, aber nicht von ökonomischen Bestrebungen geleitet werde, den internationalen Kredit außer Funktion setze.

Angeichts dieser Umstände, fuhr Dr. Schacht fort, verdiene es Anerkennung, daß das deutsche Volk dennoch einmütig entschlossen sei, alle seine kommerziellen und sonstigen privaten Schulden zu bezahlen. Es werde dazu auch imstande sein. Letzten Endes werde jedenfalls kein Inhaber deutscher Anleihen zu Schaden kommen. Vorbedingung freilich sei, daß das laufende Geschäft nicht zugrunde gehe, und daß man die Möglichkeit des Verdienens nicht unterbinde.

Dr. Schacht schloß seine Ausführungen, indem er seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß Deutschland in kürzester Frist wieder ein vertrauenswürdiges Glied der internationalen wirtschaftlichen Gemeinschaft sein werde.

Devorkende Nachpreislenkung

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Reichsarbeitsminister den beteiligten Ministerien einen Verordnungsentwurf zugeleitet, der sich dem von Seidlungsanschuß des Reichstags einstimmig gefaßten Entschluß anschließt, wonach unter besonderer Berücksichtigung des einzelnen Nachfallens eine allgemeine Nachpreislenkung vorgenommen wird. Es ist ferner ein Rindlungsanschuß für diejenigen Rächter vorgezehen, die infolge der besonderen Schwierigkeiten des letzten Jahres ihre Nachleistungen nicht voll erfüllen konnten und denen deshalb der Nachvertrag gekündigt wurde.

Kein Länderantrag auf Verbot des Reichsbanners. Meldungen, wonach verschiedene Länder beim Reichsinnenministerium das Verbot des Reichsbanners beantragt hätten, treffen nicht zu. Den Reichsstellen liegt lediglich ein Brief des sächsischen Ministerpräsidenten vor, der sich ganz allgemein unter Berufung auf die Notwendigkeit dafür ausspricht, daß alle Verbände, die ähnlich wie die verbotenen nationalsozialistischen Organisationen einen Staat im Staate zu bilden geeignet waren, wie die erwähnten Organisationen behandelt werden sollten.

Stahlhelm gegen Reichsbannerverbot. In einer offiziellen Erklärung spricht sich der Stahlhelm mit aller Deutlichkeit gegen ein von der Reichspresse seit Tagen gefordertes Verbot des Reichsbanners aus, jedoch auch gegen die Auflösung der SA.

In einem Spionageprozeß gegen Bremer Kommunisten verurteilte das Reichsgericht wegen verdächtigter Spionage den Hamburger Techniker Hofmann zu 4 Jahren, den Tischler Hint zu 2 Jahren und den Friseur Lehmann wegen Beihilfe zu 2 Jahren Zuchthaus. Sämtlichen Verurteilten wurden außerdem die Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abgesprochen.

Letzte Nachrichten

Der Rote Frontkämpferbund illegal fortgeführt

Das vorläufige Ergebnis der gestrigen Durchsuchungsaktion

W.B. Berlin, 20. April. (Tel.) Der Polizeipräsident teilt mit: Die nach längeren Beobachtungen gestern vorgenommenen Durchsuchungen bei Funktionären des „Antifaschistischen Kampfbundes“ und des sogenannten „Roten Frontkämpferbundes“ haben ergeben, daß der verbotene „Rote Frontkämpferbund“ illegal fortgeführt wurde.

Über Umfang und Bedeutung des Fortsetzungsversuches kann im Augenblick noch nichts gesagt werden. Festgestellt wurde, daß der Tischler Emil Baffrath, der Maler Wilhelm Mohr und der Reichstagsabgeordnete Paul Hornik maßgebend an den Verjuden beteiligt gewesen sind, den „Roten Frontkämpferbund“ illegal fortzuführen. Ob obgenannter „Antifaschistischer Kampfbund“ und der „Arbeiterhilfsbund“ mit den Angehörigen des verbotenen „Roten Frontkämpferbundes“ zu tun hatten, wird noch geprüft.

Die Abrüstungsverhandlungen in Genf

Deutschland für Abschaffung der schweren Angriffswaffen W.B. Genf, 20. April. (Tel.) Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag die Entschlieung über die Abrüstungsmaßnahmen in der gestern beschlossenen Form angenommen. Gegen die Entschlieung stimmte Rußland. Der Ausschuss wandte sich dann der Frage der qualitativen Abrüstung zu. Nach einem englischen Vorschlag soll sich die Konferenz mit dem Grundgeden der qualitativen Abrüstung einverstanden erklären, d. h. dem Herausgreifen gewisser Waffenarten oder Typen, deren Besitz oder Verwendung jedem Staat durch ein internationales Abkommen verboten werden soll.

In einer Rede, die von der Konferenz mit großem Interesse verfolgt wurde und deren Wirkung sich zum Schlusse in außerordentlich starkem Maß bei einem großen Teil der Delegierten äußerte, setzte sich der deutsche Vertreter, Votschafter Radolny, für die Abschaffung der schweren Angriffswaffen ein, wobei er insbesondere ausführlich die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegte einseitige Abschaffung dieser Waffen heranzog und an diesem Beispiel den Nachweis führte, daß die Forderung nach Abschaffung dieser Waffenkategorie praktisch durchführbar ist.

Der deutsche Vertreter behielt sich seine endgültige Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen vor, die darauf ausgehen, diese schweren Angriffswaffen zu internationalisieren und dem Völkerverbund zur Verfügung zu stellen. Er ließ aber keinen Zweifel, daß schon eine vorläufige Prüfung der französischen Vorschläge ergeben habe, daß ihre Durchführung zu einer wirklichen Abänderung nicht beitragen würde.

Radolny schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Konferenz, die Entscheidung über diesen ersten Schritt werde vom deutschen Volke als ein Kräftchen dafür empfunden werden, ob die Konferenz tatsächlich den Willen habe, zu wirklichen und entscheidenden Abrüstungsmaßnahmen zu gelangen.

Das Ausland und die Auflösung der SA.

Die Erklärungen Hitlers

Der „Vaterländische Volkspartei-Korrespondenz“ zufolge, hat Adolf Hitler bei der Braunschweiger Regierung ein Disziplinerverfahren gegen sich beantragt, weil ein Berliner Blatt behauptet hatte, er — Hitler — habe vor der ausländischen Presse erklärt, die Auflösung der SA. sei unter dem Drucke Frankreichs erfolgt. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Hitler gegen das betreffende Berliner Blatt („B.Z.“) Strafantrag gestellt hat.

Nun veröffentlichten aber die drei angelsächsischen Journalisten, die angesichts des Verbotes der SA. und SS. den Führer der Nationalsozialistischen Partei interviewt haben, folgende Erklärung:

„Am 14. d. M. empfing Herr Adolf Hitler die drei unterzeichneten Journalisten, H. A. Knickerbocker, Edgar A. Mower und Sexton Delmer, um 2 Uhr nachmittags im „Hotel Kaiserhof“ zu einer Unterredung über das Verbot der SA. und SS. Ein Fragebogen mit fünf Fragen wurde von uns ausgefüllt und durch Dr. Hanfstaengl, dem Auslandspresseschef der NSDAP, Herrn Adolf Hitler vorgelegt. Herr Hitler erklärte sich bereit, uns gegenüber diese Fragen zu beantworten. Dr. Hanfstaengl war während der ganzen Dauer der Unterredung zugegen.“

Eine an Herrn Hitler gerichtete Frage lautete: „Glauben Sie, daß die deutsche Regierung über dem Verbot der SA. ausländischem Druck nachgegeben hat?“

Hierauf antwortete Hitler: „Ja, nach meiner Überzeugung ist das der Fall gewesen. Schon vor einem Jahr erludte die französische Regierung Dr. Brüning um die Auflösung der SA. Dr. Brüning sagte ja, er konnte aber erst jetzt sein Versprechen erfüllen.“

Hierauf warf Herr Sexton Delmer die Frage ein: „Haben Sie für diese Behauptung Beweise, Herr Hitler?“

Herr Hitler antwortete: „Nein, ich habe keine Beweise dafür.“

Kardinalbischof Dr. Biffi in Wien hat einen Schlaganfall erlitten; sein Zustand ist bedenklich.

* Badische Finanzen

Die große Haushaltsrede, mit welcher gestern Finanzminister Dr. Mattes die Etatberatungen im Badischen Landtag eröffnete, sollte von jedem badischen Staatsbürger mit der größten Aufmerksamkeit gelesen werden. Denn sie gibt ihm nicht nur Auskunft über die Lage der badischen Finanzen selbst, sondern unterrichtet ihn gleichzeitig auch über außerordentlich bedeutungsvolle Zusammenhänge, und sie zieht eine Reihe von Vergleichen, die sehr interessant sind. Das alles geschieht in einer stilistischen Form, welche das Verständnis auch schwieriger Darlegungen sehr erleichtert. Der schlichteste Staatsbürger hat hier die Gelegenheit, sich in eine Materie einzuarbeiten, die vielfach leider noch immer als ein Buch mit sieben Siegeln gilt. Es war schon immer gute badische Tradition, den rhetorischen Kommentar zum Etat so abzufassen, daß er von jedem Volksgenossen verstanden werden kann. Dr. Mattes ist dieser Tradition treu geblieben. Das Ganze ist sorgsam gegliedert; und wir haben uns bemüht, diese Gliederung bei dem in der gestrigen Nummer erfolgten Abdruck klar in Erscheinung treten zu lassen.

Die Rede des Finanzministers hält sich bei alledem von jeder Schönfärberei frei, sie beschränkt sich auf streng sachliche Darlegungen und verzichtet von vornherein auf den Versuch, selber Dinge rühmend in den Vordergrund zu rücken, die an und für sich gewiß des Rühmens wert wären. Dem Leser bleibt es überlassen, die notwendigen Schlussfolgerungen bewertender Art zu ziehen, Schlussfolgerungen, die dann allerdings der badischen Haushaltspolitik ein sehr gutes Zeugnis ausstellen müssen.

Ertt in dem Schlussteil der Rede wird die Tatsache vermerkt, daß, während beinahe alle modernen Staaten im letzten Jahre, oder in diesem Jahre gezwungen gewesen sind, ihre Steuern zu erhöhen und damit doch nicht das Auftreten großer Fehlbeträge vermeiden konnten, der badische Staatsvoranschlag nicht nur keine Steuererhöhungen, sondern sogar wesentliche Steuererleichterungen enthält und trotzdem im wesentlichen ausgeglichen ist. Das ist allerdings etwas Außergewöhnliches. Und wir Badener dürfen uns gewiß dessen freuen. Und wenn dann noch im nächsten Satz der Rede gesagt werden kann, daß bei einem Vergleich mit dem Jahre 1913 der Haushaltsplan 1932 trotz aller Einsparungen immer noch wesentlich besser ausgestattet ist, als dies vor dem Kriege der Fall war, wird das Gefühl freudiger Anerkennung um so rückhaltloser sein.

In seiner zahlenmäßigen Aufstellung schließt der Haushaltsplan mit einem Fehlbetrag für beide Jahre in einer Höhe von 6 922 000 RM. ab. Aber es handelt sich hier um keinen Fehlbetrag der Zukunft, sondern der Vergangenheit. Und es besteht durchaus die Hoffnung, diesen Fehlbetrag noch in diesem Haushaltszeitraum abzubauen, da die Ansprüche des Landes Baden aus der Eisenbahnrestabfindung ja noch nicht befriedigt sind.

Wenn es der badischen Regierung unter verständnisvoller Mitarbeit des Landtags gelungen ist, einen im wesentlichen ausgeglichenen Etat vorzulegen, dann konnte das nur geschehen, weil man sich einer wirklich wohlüberlegten und mit äußerster Strenge durchgeführten Sparpolitik besleißigt hat. So darf denn auch Finanzminister Dr. Mattes in seiner Rede mit Recht behaupten, daß der Staatshaushalt für die Jahre 1932/33 gegenüber seinem Vorgänger die größten Veränderungen aufweise, die es jemals in der Geschichte der badischen Finanzwirtschaft gegeben habe. Waren die Gesamtausgaben 1930 einschließlich der durchlaufenden Posten jährlich auf 324 574 420 RM. veranschlagt, so betragen 1932 die Ausgaben der gesamten Staatsverwaltung einschließlich der durchlaufenden Kosten jährlich 234 752 105 RM. Das heißt: die Voranschlagssumme hat sich um rund 90 Millionen Reichsmark verringert. Das ist gewiß eine Leistung, die sich sehen lassen kann!

Seit der Einführung der neuen badischen Haushaltsordnung hat die Aufstellung des Etats mit den Einnahmen zu beginnen. Damit sich die Ausgaben nach diesen Einnahmen richten. Daß wir bei unseren Einnahmen zum größten Teil reichsrechtlich gebunden sind, ist bekannt. Und ebenso bekannt ist, daß diese reichsrechtliche Bindung uns ohne weiteres an dem allgemeinen Ausfall an den Einnahmen im Reich teilnehmen ließ. Betrugen im Staatsvoranschlag 1930 unsere gesamten Ein-

nahmen pro Jahr noch 204 406 265 RM., so sind sie für 1932 auf 212 754 350 RM. veranschlagt; das sind also 81 651 905 RM. weniger. Zieht man hiervon die nicht mehr in den neuen Etat aufgenommenen, weil vom Lande nur im Auftrag des Reiches auszubehrenden Beträge ab, dann erhält man als tatsächliche Mindereinnahme gegenüber 1930 die Summe von 70 629 395 RM. Das ist prozentuell ein Einnahmerückgang um 25 Proz. Was die Einnahmen aus Steuern betrifft, so sind sie gegenüber 1930 um 39 797 000 RM. zurückgegangen.

Die Steuererleichterungen, die bei der Aufstellung der Einnahmen des Staatsvoranschlags für 1932/33 berücksichtigt wurden, umfassen den Gesamtbetrag von rund 7 388 000 RM. Diese Steuererleichterungen betreffen: die allgemeine Senkung der Gebäudebesitzersteuer in Höhe von 20 Proz., die Aufhebung des § 7 a des Gebäudebesitzersteuergesetzes, die Befreiung der Landwirtschaft von der Gebäudebesitzersteuer, die Befreiung des 40prozentigen Zuschlags bei den Waldsteuerwerten, die Befreiung der Landwirtschaft von der Gewerbesteuer, die 4prozentige Senkung der Grundsteuer und die 3prozentige Senkung der Gewerbesteuer auf Grund des Realsteuererleichterungsgesetzes. (Schluß folgt.)

Kurze Nachrichten

Landtagsauflösung in Hessen abgelehnt. In einer Sonderberatung des Hessischen Landtags am Dienstag wurde ein nationalsozialistischer Antrag auf Auflösung des Landtags abgelehnt.

Neue Bergarbeiterentlassungen im Saargebiet. Die französische Generaldirektion der Saargruben teilte mit, daß am 19. April weitere 2000 Bergleute entlassen werden. Außerdem wird die Grube Hostenbach stillgelegt. Mit diesen neuen Entlassungen sind in den letzten vier bis fünf Wochen rund 5000 Bergleute arbeitslos geworden.

Einbürgerungen von Litauern im Memelgebiet. Im Memelgebiet sind zur Wahlbeeinflussung in den letzten Wochen 6000 Großlitauer eingebürgert worden, was nach den Wahlbestimmungen schon jetzt etwa vier Abgeordnete für die Litauer bedeuten würde. Der litauische Gouverneur hat entgegen den klar umrissenen Einbürgerungsbestimmungen angeordnet, daß die einjährige Karenzzeit außer Kraft tritt.

Die Neuwahlen zum Züricher Kantonsrat erbrachten für die 220 Sitze folgendes Ergebnis: 49 Bauern (wie bisher), 16 Christlichsoziale (12), 26 Demokraten (25), 5 Evangelische (4), 41 Freisinnige (39), 6 Kommunisten (6), 77 Sozialdemokraten (85). Die Christlichsozialen gewinnen vier, die Demokraten einen, die Evangelischen einen, die Freisinnigen zwei. Gleich bleiben die Bauern und die Kommunisten. Die Sozialdemokraten verlieren acht Sitze.

Buttereinfuhrverbot in Holland. Mit rückwärtiger Kraft ab 1. April 1932 ist Montag abend in Holland die Einfuhr von Butter für drei Monate verboten worden, soweit diese mehr beträgt als Quinderl der Menge, die durchschnittlich in der entsprechenden Zeit in den Jahren 1929, 1930 und 1931 eingeführt wurde.

Kleine Chronik

Der im In- und Auslande bekannte bayerische Holzindustrielle, Dr. Ferdinand Steinbeis, hat sich im Alter von 80 Jahren nachts auf seinem Wohnsitz in Brannenburg (bei Rosenheim) erschossen. Langwierige Krankheit und geschäftliche Sorgen dürften den Industriellen in den Tod getrieben haben.

Dienstag abend gegen 23 Uhr sind etwa 10 000 Kubikmeter des **Cochener Berges** (Mosel) mit donnerndem Getöse abgeführt. Eine Schreinerlei ist weggejagt worden, Dichtleitungen sind zerrissen und die Provinzialstraße ist über und über von Felsmassen bedeckt. Der Berg ist immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Es scheint sich ein weiterer Absturz vorzubereiten.

In der **Wellersweiler Grube** (Saargebiet) brach am Dienstag ein Feuer aus, so daß die Belegschaft nicht einfahren konnte. Der Betrieb der Grube ist vorläufig stillgelegt.

Der vor einiger Zeit verhaftete **Berliner Juwelier Weisager** gestand, für rund 600 000 RM. deutsche Effekten ins Ausland verschoben zu haben.

In **Belize**, der Hauptstadt der britischen Kolonie Honduras, wurden durch Feuer drei Häuserviertel zerstört. Der Schaden wird auf eine Million Reichsmark geschätzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch sind 400 Einwohner obdachlos geworden.

Wie **Habas aus Santiago de Chile** meldet, ist der Bahnverkehr über die Anden infolge der Vulkanasubrisse eingestellt worden.

Badisches Landestheater

„Wenn der junge Wein blüht“

Lustspiel von Björnson

Einem modernen Theaterpublikum haben die nordischen Dramatiker, ob sie nun Ibsen oder Björnson hießen, wirklich nicht mehr viel zu sagen, auch dann nicht, wenn man eines ihrer sogenannten besten Lustspiele wieder einmal auffrischt. Aber nicht nur daran, daß man das gegenwärtige Geschlecht für den Unterhaltungsstoff einer längst dahingeschwundenen Generation erneut zu interessieren sucht, krankte der Abend, sondern weit trauriger war, daß man ein bislang für sehr effektiv gehaltenes Stück diesen seinen vermeintlichen dramatischen Dauerwert nun auch noch größtenteils einbüßen sah.

Das war die Erkenntnis, die neben uns wohl die Mehrzahl der Besucher mit nach Hause nahm, und so gleich diese Neu-einstudierung von „Wenn der junge Wein blüht“ eher einem Ehrenbegräbnis erster Klasse, denn einer komödiantischen, frisch-frei-freudlichen Angelegenheit. Wer indessen von dem ganz unverständlichen und deshalb jetzt doppelt unmöglichen Ausgang absah, konnte immerhin dort, wo der Mai, d. h. die Jugend jubiliert, noch einigermaßen auf seine Kosten kommen, dank der largesquierten Regieführung von **Fritz Herz**, der den sprunghaften Wildwuchs in dem Döhlertertzeit (Dorothea Ehrhardt, Lola Erwig und Elisabeth Bertram) mit sichtlicher Sorgfalt betreute und reizvoll dazu die Altbude Kelly Rademachers kontrastieren ließ. Bei den Alternen und ganz Alten konnte man hingegen trotz einer entfernt aktuellen Parallelbeziehung zu Hauptmanns „Vor Sonnenuntergang“ — sollte die ähnliche Grundtendenz vielleicht überhaupt diese Erneuerung bewirkt haben? —, sich eines ausgesprochen matten Eindrucks kaum erwehren. Möglicherweise charakterisiert es

Badischer Teil

Die Staatsdebatten im Landtag

Voranschlag für Kultus und Unterricht

16. Sitzung.

Di. Karlsruhe, 19. April 1932.

In der Nachmittagsitzung berichtet

Abg. Dr. Jöhr (Zentr.) zunächst über die eben stattgefundenen Ausschussberatungen. In dem Zentrumsantrag betr. die **Pfarrarbeitsaufhebungen**, sollen erst die Fraktionen Stellung nehmen. Kommunistische Anträge verursachen erhebliche Mehrausgaben. Man will sie beraten, sobald Deckungsvorschläge vorliegen.

Ein Antrag Dr. Walbed (D. Sp.) fand in folgender Fassung Annahme: Die Regierung soll ersucht werden, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß

vom Reiche Mittel für die badischen Hochschulen

zur Verfügung gestellt werden, insbesondere um die dringenden baulichen Verbesserungen und die unaufschiebbaren Neubauten bei den Instituten durchzuführen. Punkt 2 des Antrages, der die event. Einleitung von Verhandlungen wegen Überführung Heidelberg in eine Reichsuniversität wünscht, wurde im Ausschuss bei 7 Stimmenthaltnungen abgelehnt.

Die Aussprache über das Unterrichtsbudget

wird darauf fortgesetzt.

Abg. Herbert Kraft (Nat.-Soz.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion über die weltanschauliche Auffassung der Nationalsozialisten. Liberalismus, Bolschewismus und Marxismus kennzeichnen den Leidensweg unseres Volkes. Es seien folgende Forderungen aufzustellen: Die Schule muß der Charakterbildung dienen. Der Staat hat die Pflicht, zur planmäßigen Pflege der körperlichen Entwicklung. Darum wollen wir die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Das Volk muß zur nationalen und sozialen Gefinnung und Betätigung erzogen werden. Eine unbedingte Notwendigkeit ist die religiöse Erziehung der Jugend.

Nach diesen allgemeinen, von öfteren Zwischenrufen der Mehrheit begleiteten Ausführungen, nimmt der Redner zum Unterrichtsbudget selbst Stellung. Die heutige akademische Jugend sei erfreulicherweise von nationalem und sozialem Geist erfüllt. Die Erhöhung der Studiengebühren öffne die Tore der Universitäten nur den Reichen. Empfehlenswert wäre die Vereinfachung der Lehrpläne der höheren Schulen aller Länder. Für die Professoren müsse etwas geschehen. Man sollte ihnen die Gelegenheit zu Privatstudien geben. Das Verlangen der Städte, auf Erhöhung des Stundensatzes verzichten zu müssen, ist nicht anzuerkennen. Der Redner ist gegen ein Überhandnehmen der Privatschulen. Der Abbau von 532 Volksschullehrkräften liege nicht im Interesse der Volksschule. Über eine Klassenstärke von 55 Schülern dürfe keinesfalls hinausgegangen werden. Die Leistungen des Landestheaters entsprächen nicht dem von Staat und der Stadt Karlsruhe zu leistenden Aufwand. Die klassischen Werke kämen viel zu wenig zur Geltung. Der Redner will eine Neuordnung der staatlichen Deutschnachlese. Den Etat müßten die Nationalsozialisten ablehnen, weil sie in vielen Dingen nicht mit ihm einig seien.

Abg. Hoffeins (Staatsp.) meint, auch die außerhalb der Schule stehenden müßten Charakterbildung zeigen. Jeder Dozent sei nicht nur Forscher, sondern soll auch Charakter- und Erziehungsbeobachter sein. Der Kampf um die Erhaltung unserer Hochschulen sei ein Ehrenblatt Badens. Ob Reichsuniversität oder Reichszuschüsse, das Reich müsse sich bewußt sein, daß es sich in unserem Grenzlande um die Bewahrung eines hohen deutschen Kulturortes handelt. Die Schließung der Lehrerbildungsanstalten sei eine selbstverständliche Zwangsmassnahme gewesen. Trotz steigender Schülerzahl gehe man in der Volksschule daran, abzubauen. Die Annäherung an eine Schülerzahl von 70 mache in manchen Gemeinden rapide Fortschritte. Der Redner beschäftigt sich mit der Not der Schulpraktikanten und verbreitet sich dann in längeren Darlegungen hauptsächlich mit schulpolitischen Fragen und Angelegenheiten des Schulbetriebes. In der Schulpflege dürfe man unter keinen Umständen unter das Notwendigste herabgleiten. Das Volk hätte den Schaden davon. Der Redner fordert zum Schluß die Einheitlichkeit des gesamten deutschen Schulwesens.

Abg. Dr. Brähler (Dnt.) geht davon aus, daß die Parlamente keinen Einfluß mehr besäßen. Wir seien in eine Zeit der tragesten Ministerialbürokratie, der Notverordnungen und Ermächtigungen hineingeraten. Dem unsystematischen Aufbau folge jetzt der unsystematische Abbau der Schule. Man hätte zu früherer Zeit dafür sorgen sollen, daß die kleinen Schulen auf dem Lande nicht über Gebühr ausgebaut werden. Wir hätten 1918 nach dem verlorenen Kriege entsprechend dem Grundgeden des Reichentags Friedrich Wilhelm III., auf allen Gebieten äußerste Sparsamkeit üben und im Interesse der Förderung des nationalen Freiheitswillens alles für die Schule tun müssen. Was wir jetzt haben, sei ein fiskalisches,

mehr das moderne Publikum und auch die moderne Kritik, daß in der Viehesmar des Ehepaars sowohl **Melanie Ermardt** (Frau Arvid) als **Paul Rudolf Schulze**, der sich in der Maske **Wilhelm Arvids** in einen Björnsonen Björnson und **Gerhart Hauptmann** halbiert hatte, auf ziemlich verlockendem Boden zu stehen schienen, daß nicht einmal die innerhalb der an Ibsen geschulten und psychologisch verfeinerten Technik noch relativ einfach gezeichnete Figur des Propstes **Hall** (**Paul Dietl**) durch naive Ursprünglichkeit wirkte. Auch dies dünkt uns übrigens eine Bestätigung davon, daß eben nur ein Kunstdramatiker hinter dem Werk steht, jedoch keiner, der mit seiner ausgefeilten Dialektik die Enge seiner kleinbürgerlichen Weltanschauung nur für einen Augenblick durchbricht und dadurch über naturalistisch-realistische Kleinmalerei hinausgekommen ist. Was es also verunüberlich, daß die verquollene Kommode, in der das Stück seit Jahrzehnten ruhte, seinem Wahnwiedersehen einen etwas peinlichen Beigeschmack mitgab, daß selbst der Beifall reichlich müffig klang und nach der großmütterlichen Kostümierung noch, in die man die weiblichen Mitwirkenden gesteckt hatt?

Die **Hanns-Gluckstein-Gedächtnisfeier**. Die Ortsgruppe Badische Heimat **Mannheim** veranstaltet am 7. Mai eine Gedächtnisfeier, die dem heimgegangenen Runddichters **Hanns Glückstein** gilt. Die Gedächtnisrede wird Professor Hermann **Eris Busse**, Freiburg i. Br., halten, die umrahmt wird durch Vorlesung von zum Teil ungedruckten Gedichten und Anekdoten Glücksteins. Da eine große Zahl von Glückstein-Gedichten verlost ist, werden auch Glückstein-Bieder dargeboten, und außerdem wird ein bekanntes Mannheimeser Streichquartett mit. Der Landesverein Badische Heimat beteiligt sich durch den Landesvorsitzenden, Landeskommissar **Schwörer**, der an der Glückstein-Feier, zu der auch alle Ortsgruppen der Badischen Heimat in der näheren und weiteren Umgebung Mannheim eingeladen sind, teilnimmt.

kein Kultusetat. Auf das Gebiet der Schule selbst übergehend, meint der Redner, unsere Schulen seien zu Besetzungs-erwerbsschulen, die Lehrer zu reinen Rechenmeistermischmaschinen geformt werden. Nicht Wissen sei Macht, sondern Charakterbildung und Willen. Wir brauchen Justiz- und Willensschulen. Der Redner macht kritische Bemerkungen zur Personalpolitik. Weil er es an mangelnder Voraussicht habe fehlen lassen, sei der Staat moralisch verpflichtet, soweit als möglich, für die notleidenden Lehramtskandidaten zu sorgen. Abg. Dr. Brähler polemisiert gegen die Ausführungen des Zentrumsredners über die Berufschaften. Die Aufhebung der Oberprima in Schöpsheim sei beabsichtigt. Die Schüler würden genötigt, nach Lörrach zu gehen, wo infolgedessen eine zweite Oberprima errichtet werden mußte. Die Leistungen der Freiburger Bühne, die keinen Staatszuschuß erhalte, die das Alemannentum pflege und an die 40. Gastspiele im Elsaß absolvieren, könnten sich sehen lassen. Die kommunistischen Anträge atmeten schlimmsten Kulturbolschewismus. Die Deutschen nationalen lehnen den Etat ab.

Abg. Berggös (Evang. Volksd.) führt aus, eine zum Nichtsein verurteilte Jugend ohne irgendeine Hoffnung bilde die größte Gefahr für den Staat. Für den Beruf des Lehrers kämen nur sittlich gefestigte Charaktere in Frage. Wir wollen eine von christlichem Geist durchweichte Schule. Alle Sparsamkeit habe ihre Grenzen, namentlich auf dem Gebiete der Schule. An den höheren Lehranstalten wollen die Klagen über Zurücksetzung des evangelischen Volksteiles nicht verkommen. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf Vorgänge an den Oberrealschulen in Überlingen und Konstanz. Er fordert schließlich die Ermäßigung des Schulgebühres für die höheren Lehranstalten.

Mittwoch vormittags 9 Uhr Fortsetzung der Beratung. Schluß 20.30 Uhr.

(17. Sitzung.)

Di. Karlsruhe, 20. April 1932.

Zu Beginn der Sitzung verliest

Abg. Bod (Komm.) eine Erklärung, derzufolge die Bezirksleitung der NSD., Baden-Württemberg, den Antrag der Fraktion betr. **Verbot des Reichsbanners** usw. als einen schweren politischen Fehler bezeichnet und die Zurückziehung veranlaßt. Abg. **Lechleiter** wird seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender entzogen. (Zurufe der Sozialdemokraten: Das ist ein schwarzer Tag für Euch! Im Zentrum: Heil Mostau!)

Darauf wird die

Aussprache über das Unterrichtsbudget

fortgesetzt.

Abg. Bod (Komm.) ist für Streichung sämtlicher Kultusaussgaben. Er wendet sich gegen die Gebührenerhöhung an den Hochschulen. Das Studium sei auf dem Weg, ein Vorrecht der Reichen zu werden. Unerlässlich geringe Summen habe man dem Volksschulwesen zugewiesen. Der Redner begründet eine Reihe kommunistischer Anträge.

Abg. **Menck** (D. Sp.) erhält das Wort zur Begründung eines **kulturpolitischen Antrages** seiner Fraktion. Danach soll der Lehrplan der Volksschule von allem entbehrlichen Ballast befreit und dafür der Erziehung und Charakterbildung eine vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Schulentlassene, die keine Lehrstelle gefunden haben, sollen auf ihren zukünftigen Beruf in Gewerbe- und Handelsschulen vorbereitet werden. Was der Abg. Kraft gestern ausführte, sei eine brutale Verkennung der Aufgaben des Liberalismus, die sich dieser in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht gestellt habe. Diese Kräfte zu mehren, sei Aufgabe jeder Bildungsarbeit.

Der Redner empfiehlt als **Notmaßnahme ein neuntes Schuljahr**, mindestens für die männliche Jugend. Es solle möglichst sein. Schulentlassene, die keine Lehrstelle gefunden haben, auf ihren zukünftigen Beruf in Gewerbe- und Handelsschulen vorzubereiten. Anträge auf Aufhebung von Fachschulen möge man nicht füttern, höchstens bei mangelnder Schülerzahl eine Zusammenlegung erwägen. Finanzielle Auswirkungen seien mit obigen Anträgen kaum verbunden. Die **höheren Volksschulen** sollten das Recht zur Erteilung der mittleren Reife nach Beendigung des zweiten Schuljahres erhalten. Es solle mindestens eine Fremdsprache gelehrt werden.

Hierauf nimmt der

Minister des Kultus und Unterrichts

Dr. Baumgartner

das Wort. Er geht aus von der geizigen Etate der Finanzminister. Von den **Minderausgaben** in der gesamten Staatsverwaltung entfallen 25 Millionen auf den **Unterrichtsetat**. Er, der Minister, habe den Anträgen zugestimmt. Er weise aber darauf hin, daß er nicht nur seinem Nestort, sondern als Mitglied des Staatsministeriums auch dem Staatsganzem verantwortlich sei. Kein Nestort dürfe bevorzugt werden. Das gelte auch für die Einzelgebiete der Unterrichtsverwaltung. Staat und Kirche dürften nicht gegeneinander wirken, sondern müßten sich gegenseitig unterstützen. Der Sparzwang mußte sich natürlich auch bei den **Kultusaussgaben** auswirken. Sie ermäßigten sich auf 1,8 Millionen. Die Verringerung der **Pfarrarbeitsaufhebungen** betrug 1932 38,9 Proz., für 1933 43 Proz. der Staatszuschüsse. Auf das Gebiet der

Hochschulen

übergehend: Wir geben für **nichtbadische Studenten** jährlich 2 Millionen Reichsmark mehr aus. Daraus resultiert in dieser Notzeit die moralische Pflicht des Reiches, hier helfend einzugreifen. Wir sind wiederholt mündlich und schriftlich in Berlin wegen eines **Reichszuschusses** vorstellig geworden. Sowohl beim Reichsinnenminister wie bei dessen Referenten haben wir volles Verständnis gefunden. Die Ausfichten im neuen Reichsetat sind allerdings gering. An den badischen Reichstagsabgeordneten liege es, das Ährige zu tun. **Aber dem Osten** dürfe man den **Süden** und **Südwesten** als deutsche Kulturträger nicht vergessen, als die sich namentlich die badischen Universitäten erwiesen haben.

Zum **Antrag Dr. Walbed** gibt der Minister zu, daß der **bauliche Zustand von Heidelberg** Kliniten ein geradezu katastrophales ist. Wir könnten aber unser Verlangen um Unterstützung nicht auf Heidelberg allein spezialisieren. Was die **Gebührenerhöhung** anlangt, so befinden wir uns in Baden auf einer mittleren Linie. Wir würden die Maßnahmen sofort rückgängig machen, sobald es die finanzielle Lage zuließe. Die zuständigen Universitätsorgane und darüber hinaus das Ministerium könnten wirklich bestreben und würdigen **Studenten** durch **Honorarbefreiung** helfen. Auch **Studienhilfen** seien möglich. Die **Berpflegungssätze der Kliniten** haben ab 1. März d. J. eine Herabsetzung erfahren. Eine Senkung um 20 Proz. stelle eine finanzielle Unmöglichkeit dar. Der Minister will die **Hochschulen** darauf hinweisen, daß auch **Vorlesungen über Arbeitsrecht** gehalten werden sollen.

Der Minister fährt fort: Die **Professoren** müssen auch **Erzieher** und **Beruf** sein. Aufgabe der Universitäten sei, willensstarke charaktervolle Persönlichkeiten heranzuziehen und die jungen Studenten darauf vorzubereiten, Führer des Volkes zu sein. Der Minister wünscht, daß der Student wieder

etwas mehr Autoritätsgefühl in sich selbst groß zieht. Er soll Achtung vor der Erfahrung und dem Alter haben (Rechtliche Zustimmung). Den Studenten sei immer wieder zu warnen: Denkt daran, welch große Opfer das Volk einschließlich des Arbeiters für die Hochschulen bringt! Wenn der Zugang zum Hochschulstudium vom flachen Lande her infolge Verarmung nachlassen würde, so wäre das tief zu bedauern. Der Staat werde darum sein Möglichstes tun müssen, um bedürftigen begabten Schülern den Aufstieg zu ermöglichen.

Von den Erziehungs- und Bildungsanstalten sei alles fernzuhalten, was die Verhegung fördert. Vom Forscher sei strengste Objektivität zu verlangen, auch wenn es seinen subjektiven Empfinden zuwiderläuft (Zustimmung). Wir müssen den Studenten zum sozialen Menschen erziehen. In diesem Sinne sei Wissen nicht nur Macht, sondern Dienst am Volksganzen (Zustimmung). Zur Schließung der Lehrerbildungsanstalten erinnert der Minister daran, daß sich vor Jahren Politiker wie Wirtschaftsführer über die Entwicklung der Wirtschaft gründlich gefaßt haben.

Auch der Minister ist der Meinung, daß die Schule ein Erziehungsinstrument sein soll. Dazu bedürfe es aber nicht einer Änderung des Systems der Staatsform. Notwendig erscheine die Umstellung mancher Lehrerverhältnisse (Sehr gut bei der Mehrheit). Gerade auf die Persönlichkeit kommt alles an.

Run zu den Schulgattungen. Wir haben in Baden nicht experimentiert. Wir haben festgehalten am Gymnasium, am Realgymnasium, an der Oberrealschule, Real- und Aufbauschule. Am humanistischen Gymnasium werden wir nicht rütteln lassen. Auch die anderen Schultypen haben sich bewährt. Verschiedenen Gemeinden sei bedeutet worden, daß keine Rede davon sein könne, ihre höheren Lehranstalten in bisherigem Umfang zu erhalten oder auszubauen, wenn sie dazu übergingen, den Stand der Volksschule zu drücken, die immer noch von 95 Prozent der Bevölkerung besucht werde.

Was hinsichtlich der Wünsche von Schöpfheim und Vörsch geschehen kann, hänge von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Im Kampfe gegen die Überfüllung der Lehranstalten unterstützt der Minister das Prinzip der Auslese. Eine Zulage über Herabsetzung des Schulgeldes kann er nicht machen, solange nicht feststeht, wie der Ausfall gedeckt werden soll. Was gestern über den allzu großen Wechsel der Schulbücher gesagt wurde, wird vom Minister unterstützt. Es wird Anordnung getroffen, um hier zu bremsen.

Die jungen Professoren würden durch einen Zuschuß vor der größten Not bewahrt. Im übrigen werde das Möglichste getan, um viele der jungen Leute unterzubringen. Die Lehrer- generation, die jetzt abtrete, habe große Opfer gebracht. Mögen sie auch gewürdigt werden. Unbetritten sei die Berechtigung des Verlangens nach der sittlichen Qualifikation des Lehrers.

Der Minister wendet sich dann den **Hochschulen** zu. Der Rückgang an Lehrstellen sei außerordentlich bedauerlich. An die Handwerker ergoße die eindringliche Mahnung, soweit wie möglich Lehrlinge frei zu machen. Die Anregungen des Antrags Wenth sollen geprüft werden.

Was das starke weibliche Kontingent an den Handelsschulen betrifft, so hat der Minister das Gefühl, daß manche Mädchen die Handelsschule deshalb besuchen, um nicht in die allgemeine Fortbildungsschule, in die Haushaltsschule zu müssen. Dazu seien die Handelsschulen nicht da, um irgendwelchen sozialen Prestigegegründen Rechnung zu tragen.

Den handwerklich vorgebildeten Fachlehrern entstehe aus der Überführung ins Angestelltenverhältnis kein Nachteil. Wie der Staat das gewerbliche Fachschulwesen wertet, erblickt am besten daraus, daß hinsichtlich der Ausbildung der Lehrkräfte die höchste Grenze erreicht ist. Der Minister bedauert, daß der Abg. Graf, eine Attacke gegen den Religionsunterricht an den Hochschulen geritten habe. In keinem Lebensalter seien die sittlichen Normen religiöser Unterweisung notwendiger als in den Lehrjahren.

Auf das Gebiet der Volksschule übergehend, weist der Minister nach, daß in Baden nur vier Gemeinden vorhanden seien, in denen eine Klassenstärke von 70 Schülern erreicht wird. Trotz der heutigen Not tue der Staat für die Volksschule, was in seinen Kräften steht.

Daß wir die Schulbeiträge eingeführt haben — ein Zustand, den wir bereits vor 1921 hatten und der in allen deutschen Ländern mit Ausnahme Bayerns rechtens ist —, ließ sich nicht mehr umgehen. Auf eine Frage des Abg. Hofheinz bemerkt der Minister, daß er sich bemühen werde, etwa hundert außerplanmäßige Lehrstellen in planmäßige zu überführen. Für die Direktoren der höheren Lehranstalten und Rektoren der Volksschulen gelte der Grundsatz: Möglichste Steigerung ihrer autoritativen Stellung.

Das zur Unterstützung notleidender Künstler nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen, bedauert der Minister. Der Zuschuß zum Landestheater ist um eine halbe Million herabgesetzt worden. Dem Personal gebühre für den Idealismus, mit dem es das Opfer der Abzüge brachte, auch an dieser Stelle Dank. Es sind Gagenkürzungen bis zu 35 Prozent erfolgt. Das Landestheater soll auf seiner kulturellen Höhe erhalten, Schmutz, Schund und Kitsch von ihm ferngehalten werden.

Der Minister schließt seine 1½stündige Rede mit den Worten: Ziel jeden Unterrichts ist die Erziehung zum sittlich-religiösen Menschen als Gemeinschaftsweien. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Schmittbener (D. Natl.) unterstreicht, die Ausgaben für die Hochschulen seien Ausgaben für die Gemeinschaft. Es handle sich um den Ausdruck der Volkskultur. Notverordnungsmaßnahmen dürften nicht das Fundament der Hochschulen anstreifen. In der Ausgestaltung der Volksschule habe man sich ohne Zweifel übernommen. Sie müsse sich wieder auf Elementare zurückziehen.

Abg. Dr. Waldeck (D. Sp.) vertritt die besonderen Interessen der Universität Heidelberg. Das Reich müsse einsehen, daß hier ein deutscher Kulturfaktor vorhanden ist. Die Kliniken müßten mit Hilfe des Reiches dringend ausgebaut werden. Der Redner unterbreitet ferner Wünsche in bezug auf die Handelshochschule Mannheim. Er ist mit dem Minister darin einig, daß die humanistische Bildung dem Menschen unerlässliche Werte gibt. Was die bildende Kunst anlangt, so sei Karlsruhe ebenso wie München und andere Städte ein Zentrum, das erhalten werden müsse.

Damit ist die allgemeine Beratung zu Ende. Es folgt die Mittagspause. Schluß nach 1/2 Uhr.

Haushaltsbericht über den Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Das Landtagsamt des Badischen Landtags teilt mit, daß der Bericht des Abg. Dr. Jöhr über den Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts bei genanntem Amt zu beziehen ist. Preis 30 Pf. pro Stück bei Abholung und bei Bezug von 10 Stück nach auswärts. Einzelstück einschließlich Porto 36 Pf.

Aus den Parteien

Auf einer Wahlkreisversammlung der Zentrumspartei in Waldshut äußerte sich der Führer des badischen Zentrums, Dr. Jöhr, über einen strafferen Ausbau der Parteiorganisation u. a. wie folgt: Die Stunde ist gekommen, wo wir unsere Jugend politisch aktivieren und zu einer Massenbewegung organisieren müssen. Dabei muß mit anderen katholischen Jugendorganisationen eine enge Verbindung aufrecht erhalten werden. Die Organisation der politischen Jugend soll keinerlei militärischen Charakter tragen, denn wir alle sind ja der Regierung außerordentlich dankbar, daß sie die halb-militärischen Organisationen des Rechts- und Linkradikalismus endlich aufgehoben hat.

Aus der Landeshauptstadt

Verleumdungsprozeß Dr. Jöhr gegen den „Führer“. Am Mittwoch, den 4. Mai, vormittags 8 Uhr, findet vor dem hiesigen Schöffengericht der Verleumdungsprozeß des Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Jöhr gegen den nationalsozialistischen „Führer“ statt. Verkehrsverordnungen werden nicht beachtet. Einige Führer von Kraftfahrzeugen, Fuhrwerkslenker und Radfahrer wurden angezeigt, weil sie die erlassenen Verkehrsverordnungen nicht beachtet hätten.

Kommunistische Demonstrationsversuche. Aus Anlaß eines von der KPD. aufgezogenen Reichserwerbslosentages suchten die Kommunisten getarnt nachmittags in der Gartenstraße sowie in der Hauptstraße in Durlach zu demonstrieren. Die dar-

auf vorbereitete Polizei griff sofort mit Streifenkommandos auf. Auftragspatrouillen ein und befestigte die Straßen in ihren Anfängen. Dabei wurden insgesamt 8 Personen festgenommen, darunter die Anführer des Aufzuges in Karlsruhe und 2 kommunistische Stadträte von Durlach. Sämtliche Festgenommenen wurden ins Bezirksgefängnis eingeliefert und werden dem Schnellrichter vorgeführt.

Badisches Landestheater. Das bevorstehende 8. Sinfoniekonzert ist vom 20. auf Mittwoch, den 27. April, verlegt worden. Es wurden dafür Richard Strauß als Kapellmeister und Edwin Fischer als Solist gewonnen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von Mittwochmorgen: Von Island ist eine atlantische Zyklone herangezogen und liegt augenblicklich über England. In ihrer Vorderseite hat es bei uns heute früh aufgehört. Noch im Laufe des heutigen Tages ist jedoch unter dem Einfluß der anrückenden Zyklone wieder mit Bevölkerungszunahme und auffrischenden Südwestwinden zu rechnen. Voraussage: Unbeständiges und windiges Wetter mit zeitweiligen Regenfällen, Temperaturen wenig verändert.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	20. April		19. April	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	170.68	171.02	170.68	171.02
Kopenhagen 100 Kr.	86.81	86.99	86.16	87.24
Italien . . . 100 L.	21.63	21.67	21.63	21.67
London . . . 1 Pf.	15.87	15.91	15.95	15.99
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.606	16.645	16.606	16.645
Schweiz . . . 100 Fr.	81.82	81.98	81.77	81.93
Wien 100 Schilling	50.95	51.05	50.45	50.55
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Verstärkung der Devisenverordnung. Eine neue Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung bestimmt, daß neben der Strafe die Werte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zugunsten des Reiches eingezogen werden können, auch wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören. Auch auf Eingziehung eines entsprechenden Geldbetrages kann erklart werden; das Gericht kann dies auch nachträglich durch Beschluß anordnen. Die Eingziehung unterbleibt, wenn der von der Eingziehung Betroffene nachweist, daß er von der Straftat weder Kenntnis hatte, noch haben konnte, er von der Straftat auch keinen Vorteil gehabt hat, kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Eingziehung selbständig erklart werden. Ein Deutscher kann auch dann bestraft und verfolgt werden, wenn er die Tat im Auslande begangen hat. Wer gewerbsmäßig den Handel mit Wertpapieren betreibt oder vermittelt, ist verpflichtet, Wertpapiere, die ihm von Personen angeliefert werden, die nicht Devisenbanken sind, spätestens binnen einer Woche der örtlich zuständigen Stelle für Devisenbewirtschaftung anzuzeigen.

Staatsanzeiger

Nach den Mitteilungen der Bezirksämter waren am 15. April 1932 im Lande Baden verzeichnet:

Mant- und Klauenfüße:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Adelsheim	Krauthaim
Ettlingen	Mörsch, Neuburgweier
Lörsach	Brombach, Dallingen
Mannheim	Mannheim-Hirschgartshausen
Weinheim	Leutershausen
Wiesloch	Wiesloch
Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Mannheim-Sedenheim
Weinheim	Seddesheim
Milchbrand:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Rehl	Edardsweier
Lahr	Weihenheim
Stodach	Eigeltingen

Badisches Statistisches Landesamt.

Bezirkssparkasse Ladenburg

Rechnungsabschluss auf 31. Dezember 1931

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
Kassenbestand	14 934,42	Spareinlagen	2 865 897,87
Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkasse	34 918,35	Eched- und Giroeinlagen	206 105,47
Wertpapiere	376 668,55	Guthaben in lfd. Rechnung	41 844,27
Beihilfe	23 298,63	Aufgenommene Kapitalien	611 447,08
Darlehen:		Dsgl. Attk.-Knl.	21 964,51
a) Hypotheken	1 382 355,15	1. Hälfte	50 000,—
b) Neubauten	81 971,85	Reservefonds	136 019,61
c) Gemeinden usw.	162 386,80	Reingewinn	2 246,58
d) Gemeinden aus Aufwert.-Fond.	24 036,44	Wvale	12 300,—
e) Grundstücksaufgelber	2 000,—		
f) Faustpfand	306,75		
Darlehen in lfd. Rechnung	1 164 827,40		
Vorschüsse im Eched- und Giroverkehr	2 398,43		
Darlehen auf Schuldscheine	424 417,90		
Vorschüsse und Wiedererfaß	73,94		
Immobilien	160 000,—		
Mobilien	20 000,—		
Rückständige Zinsen	61 090,78		
Wvale	12 300,—		
	3 935 585,39		3 935 585,39

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% der Einlagen (3 113 907,61 RM) = 249 112,56 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 = 138 266,19 RM
Somit weniger 110 846,37 RM

Ladenburg, den 5. April 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Lagen, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:
Ladert, Direktor.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 21. April 1932

* D 27 (Donnerstagmiete)
Th.-Gen. III. S.-Gr.

In Anwesenheit des Komponisten

Das Herz

Drama für Musik von Hans Pfitzner

Dirigent: Krips

Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Blant, Haberkorn, Winter, Hellmuth, Rothmann, Sonntag, J. Gröbinger, Gspach, Rainbach, Kiefer, Käfer, Schöpplin, Straß, G. Gröbinger, E. Minimus,

Anfang 20 Ende nach 22%,
Preise D (0,90—5,70 RM)

Fr. 22.4. Der Rosenkavalier.
Sa. 23.4. Zum erstenmal: Der 18. Oktober.

Sa. 24.4. Nachmittags: Im weißen Röhl. Abends: Hoffmanns Erzählungen.

Im Konzerthaus:
Keine Vorstellung.

Oeffentl. Sparkasse Gadingen

Bilanz per 31. Dezember 1931

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	6 950,54	1. Spareinlagen	2 034 731,38
2. Guthaben bei Landesbank, Banken und Postsparkasse	24 218,28	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	306 051,09
3. Wertpapiere	345 901,00	3. Anlehenskapitalien	205 478,41
4. Beihilfe	20 594,40	4. Ausgaberrückstände	5 222,31
5. Darlehen a. Hypotheken	1 462 588,22	5. Rücklagen	
6. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	168 471,85	a) gef. Reservefonds	151 160,—
7. Darlehen an Gemeinden und Körperschaften	756 190,95	b) Sonderrücklagen	33 770,63
8. Einlage beim Bad. Sparkassen- u. Giroverband	58 900,—	6. Reingewinn 1931	17 275,08
9. Darlehen a. Schuldschein	41 671,33		
10. Grundstücksaufgelber	35 625,95		
11. Faustpfanddarlehen	3 656,60		
12. Verwaltungsgebäude u. sonstige Liegenschaften	63 000,—		
13. Gerätschaften	13 000,—		
14. Einnahmerrückstände	61 364,37		
15. Aufwertungsfordernung			
a) Hypotheken 379 968,49			
b) Effekten 58 993,75	438 962,24		
	3 501 095,73		3 501 095,73

Berechnung der Rücklagen:

Nach § 21 der Anstaltsstatuten hat die Rücklage zu betragen:
5% aus dem Gesamteinlage-Guthaben von 3 088 189,30 RM = 154 409,45 RM
Sie beträgt auf Jahreschluß 1931 = 154 435,08 RM
zugüglich vorhandener Sonderrücklagen mit 47 770,63 RM

Gadingen, den 18. April 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Trunzer, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:
Fagenberger, Direktor.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 16

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 92

20. April 1932

Der Aussichtsturm auf dem Königstuhl zu Heidelberg

(Zu seinem 100jährigen Jubiläum)

Aber ein Jahrhundert lag die in den Jahren 1689 und 1693 zerstörte Schloßruine zu Heidelberg unbeachtet, ungeachtet und unbewacht. Auf den Schutthaufen wucherten Dornen und Gestrüpp, manche Stellen waren nur schwer zu passieren, die Gefahr des Versinkens in dem zusammengefallenen Gemäuer drohte da und dort dem verwegenen Besucher. Da beginnen um die Wende des 18. Jahrhunderts die Bemühungen, die Schönheit der Landschaft entdecker zu haben und für die Erhaltung der Schloßruine Schutz zu fordern. Mit der werdenden Wandelhaftigkeit beginnt aber auch die Zerstörung der Kunstdenkmäler der Schloßruine. Die Besucher schlagen die schönsten und wertvollsten Schmuckstücke, Verzierungen und andere Dinge ab und nehmen sie als Andenken mit nach Hause; Führer durch die Schloßruine treiben einen schwungvollen Handel mit solchen Sachen, bis der Franzose Gramberg die Regierung auf diese Mißstände aufmerksam macht und allmählich eine Beaufsichtigung des Schloßes erreicht.

In diese Zeit fällt auch die höhere Einschätzung der Naturschönheiten und damit der Beginn zum Reizen, zum Wandern im heutigen Sinn noch nicht. Wie sich dieser Wechsel vollzogen hat, das erzählt uns am besten die Höhe des Königstuhls bei Heidelberg. Während die bewaldeten Höhen um 1800 noch gemieden sind, ruft das Jahr 1832 die Bürger Heidelbergs zur Errichtung eines Aussichtsturmes auf. Ein Fremder ist, Heinrich Jacobi aus Gießen-Kassel, der, entzückt von der Landschaft, sich also vernehmen läßt: „Jeder Verehrer der Natur, welcher unserm paradiesischen Heidelberg einen Besuch widmet und längere oder kürzere Zeit in seinen Mauern verweilt, wird es nicht unterlassen, kleine Wanderungen zu den Umgebungen der freundlichen Ruinenstadt, namentlich aber zu den waldgekrönten Bergen anzustellen. Die in dieser Hinsicht lohnendsten Partien sind in Heidelbergs nächster Umgebung der Königstuhl und der Heiligenberg. Welch herrliche Aussicht entfaltet sich von ihm herab über die umliegenden Höhen und wie schmelzt das Herz im Anschauen so großartiger Szenen der Natur.“

Um aber die Schönheit der Heidelberger Landschaft in ihrer ganzen Großartigkeit ungehindert und ungehemmt genießen zu können, regt Jacobi die Erstellung eines Aussichtsturmes auf dem Königstuhl an, und er hat die Genehmigung und Freude, daß die Grundsteinlegung im Jahr 1832 und der Weiterbau sich vollziehen. Die Erbauung eines solchen Turmes kann aber nicht ohne Einwilligung der Obrigkeit vor sich gehen; denn die Wogen in der Politik gehen hoch. Am 5. Juni 1832 werden in

Baden alle öffentlichen Reden an das Volk verboten, da der Umsturz aller staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland, die Vertreibung aller deutschen Fürsten und die Umwandlung Deutschlands in eine Republik gepredigt wird. Namentlich die leicht erregbaren Pfälzer jenseits des Rheinstroms sind gefährdete Agitatoren. Wie leicht könnten nun von dem zu erbauenden Turm aus Signale gegeben werden! Darum fragt der vorbereitende Bauauschuß an, ob der Turm „in politischer Hinsicht“ gutgehen werden könne. Die Antwort fällt zur allgemeinen Befriedigung aus.

Nun steht der Turm schon beinahe 100 Jahre. Das städtische Archiv beharrt die Akten aus den ersten Stadien der Vorbereitungen zum Bau pietätvoll auf, und der Turm hat es auch verdient, denn er ist in seiner langen Reihe von Jahren ein erfolgreicher Kämpfer der landschaftlichen Schönheiten Heidelbergs und des Neckarals geworden, und damit ein tapferer Pionier im Dienste der Verkehrsverbesserung für unser ganzes badisches Heimatland. Wie viele Tausende von Fremden aus der ganzen Welt, ja man kann schon sagen, wie viele Millionen sind nicht schon hinaufgepilgert auf die Höhe, haben sich von der elektrischen Vergbahn hinauftragen lassen, um dann nach dem Besteigen des Turmes von der Plattform aus den Blick schweifen zu lassen auf die glitzernden Wogen des Rheinstroms, auf die gottgesegneten Lande der Pfalz mit ihrem reichen Kranz von Städten und Dörfern, auf die Haardtberge, dann aber in das reizende Neckartal, auf die bewaldeten Kluppen des Odenwaldes, hinüber zu dem Steinsberg bei Sinheim, dem Bartberg bei Forzheim, hinauf bis zu den Bergen des Schwarzwaldes mit ihren dunklen Lannen. War ich doch schon oft selbst Zeuge, wie mancher Fremde, überwältigt von dem Landschaftsbild von der Höhe des Turmes aus, sein Reiseprogramm änderte zum Besuch des badischen Landes. Und wie viele gleiche Fälle könnte der Turm selbst erzählen! Seit ein elektrischer Fahrstuhl das Steigen der vielen Steintrufen in dem etwas dunkeln Turm unnötig macht, hat sich die Zahl der Besucher noch vermehrt, und vielleicht wird er gerade denen, die mit eigenem Kraftwagen die Bergeshöhe gewinnen, ein nicht zu unterschätzender Wegweiser in die badischen Gauen.

Gewiß hätte man es in guten wirtschaftlichen Zeiten nicht unterlassen, dem 100jährigen Jubiläum zu feierlichen Ehrenfesten manche begrüßenswerten, neuzeitlichen Umänderungen angeben zu lassen. Doch auch in seiner alten Form ist er uns ein treuer Freund, und wer den Aufstieg auf der dunklen Wendeltreppe nicht liebt, den bringt der rasche Fahrstuhl ohne Gefahr aufwärts zur Plattform.

Für die kleine Stadt mit 13 000 Einwohnern im Jahre 1832 stellte die Inangriffnahme der Bauarbeiten des Turmes ein Wagnis dar; aber die große Teilnahme der Bevölkerung an der Grundsteinlegung zeugte von dem großen Interesse aller Stände und Berufe. Sinter

den Bürgergrenadiere mit ihrer Musikkapelle sehen wir die Professoren der Universität und den Rat der Stadt, dann die Bürgerchaft, paarweise geordnet, vom damals neuen Museumsgebäude nach den Bergen ziehen, den Schluß des Zugs machen die Bürgerfanoniere mit drei Kanonen. Ein großes Volksfest auf dem nahen Kohlhof folgt der feierlichen Grundsteinlegung, die Musikkapelle der Bürgergrenadiere spielt auf, die Kanonlein schiden manch rollende Salve über Berg und Tal, kurz, es spielt sich alles so ab, wie der Ausschuß in seiner Einladung geschrieben hat: „Sie werden der ganzen Feier eine würdige Haltung geben und unter der verammelten Menge Bürger-Frohstimm verbreiten.“ Zu seinem Alter wird der Königstuhl in badischen Landen wohl nur vom Turm des Stagenbuddels übertroffen, der im Jahr 1820 von den Markgrafen Wilhelm und Max errichtet worden ist, lange aber nicht das schöne Landschaftsbild bietet, wie der Königstuhl.

W. Sigmund.

Gausfleisch und Handwerk

Eine Aufforderung an den Schwarzwald

Der Landesverein Badische Heimat teilt mit, daß in P. r. ein eine große Verkaufsausstellung im Mai und Juni stattfindet für „Deutsche Volkskunst und Gegenwart, Gausfleisch und Handwerk“. Diese Ausstellung wird vorbereitet von der Deutschen Volkskunstkommission mit dem Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege mit der Firma A. Wertheim, Berlin, die 2000 Quadratmeter unentgeltlich zur Verfügung stellt. Die Aussteller haben keinerlei Gebühren, insbesondere kein Stand- oder Mahlgeld, keine Verordnungsstellen zu zahlen und auch nichts für das Verkaufspersonal.

Geeignete Werkstätten für Einzelarbeiter sollten sich diese günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, zumal auch wirkliche Absatzmöglichkeiten bei der Größe des Unternehmens vorhanden sind. In Frage kommen Handwebereien, Teppiche, Strickereien, Stickerien, Spitzen und andere handwerkliche Textilien, Seilerwaren, ländliche Möbel, Drechslerezeugnisse aus Holz, Horn und Knochen, Schnitzereien, Kerb-, Span- und Strohwaren, volkstümliche Papiererzeugnisse, Lederarbeiten, Wachsarbeiten, volkstümliche Zinn-, Messing-, Blech-, Eisen- und Filiganarbeiten, Keramik, Glas.

Die näheren Bedingungen sind umgehend durch die Deutsche Volkskunstkommission, Berlin C 2, Klosterstraße 36, zu erfahren. Eile tut not! Der Schwarzwald vor allem sollte sich diese günstige Gelegenheit, seine Erzeugnisse zu zeigen, nicht entgehen lassen.

Eine Schwarzwaldstube in Adln

In Adln wurde dieser Tage eine Schwarzwaldstube eröffnet. In der echten Schwarzwaldstube in Tracht die Erzeugnisse des Schwarzwaldes, insbesondere oberbadische Weine, Schwarzwälder Kirsch und Schwarzwälder Speck kredenzen. Zur Eröffnung hatten sich viele Badener und auch Gäste aus dem Schwarzwald eingefunden. Landrat Eich, Cleve, betonte in einer kurzen Begrüßungsansprache die engen Bande, die von Adln her Baden und insbesondere den Schwarzwald mit Adln und dem Rheinland verbinde. Das Weinhaus Adln, das die Schwarzwaldstube eingerichtet hat, ist in ihr, insbesondere Kreisgauer, Kaiserpfälzer und Ortenauer Weine aus, die es alle ausnahmslos von badischen Winzern direkt bezogen hat.

Literarische Neuerscheinungen

Handbuch der geographischen Wissenschaft. Herausgegeben von Universitätsprofessor Dr. Fritz R. K. (Siehe. (Etwas 4000 größere Textbilder und Karten, gegen 300 Farbentwürfe, viele Kartenbeilagen. In Lieferungen zu je 240 RM. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion in b. S., Potsdam.) Bg. 1 bis 36. — Australien, Ozeanien, Antarktis. Prof. Dr. Beiser, Breslau, schildert Australien. In den ungemessen lebendigen Darstellung dieses vorzüglichen Kenners wächst dieser fremde Erdraum vor uns auf: das Land grotesker Gegensätze mit seinen endlosen Wüsten und Wäldern, der entsetzlichen Plage der Dürren, vielfach kaum noch erschlossen und doch ein Land unbegrenzter Zukunftsmöglichkeiten. Dramatisch, wie seine Entstehungsgeschichte erscheint auch seine gegenwärtige und zukünftige Lage. Geopolitische und wirtschaftliche Probleme mannigfacher Art sind hier angehäuft und harren der Lösung. Modernste Wirtschaftsmethoden und mühseliges koloniales Pionierwerk wechseln auf diesem Festland miteinander ab. Tropische Vegetation und Alpenlandschaften von kaum geachteter Schönheit sind in diesem Land der lebendigen Fossilien vorhanden. Und eine Bevölkerung, die dieses Reservat der weißen Rasse bisher gegen jegliche Einwanderung zu sperren suchte, sieht langsam ein, daß sie die Entwicklung in andere Bahnen lenken muß, sollen nicht schwerwiegende Komplikationen heraufbeschworen werden. — Dazu die merkwürdige Schilderung Professor Walter Behrmann, Frankfurt. Einige Namen mögen genügen, um die Vielfältigkeit dieser Südsee-Welt zu kennzeichnen, die uns Europäern ja von jeher voller Wunder schien: Kerguelen, Melanesien, Polynesien, Samoa, Tahiti, Hawaii. Das sind nur wenige Stichworte einer Arbeit, die klar, anschaulich und gründlich Ozeanien in seiner geographischen Gesamtheit behandelt. Der dritte Teil dieses Bandes ist der Antarktis gewidmet und hat Prof. Dr. E. von Drygalski, München, zum Verfasser. Der hervorragende Forscher, der selbst als Mitglied der deutschen Gauß-Expedition nicht geringen Anteil an der Erschließung dieser südlichen Eiswelt hat, weiß auch den „einheitlichen und einformigsten aller Erdräume“ unserm Interesse leicht lesbar darzulegen. — So vereinigt dieser erste Band, der allein 380 Seiten mit 281 Textabbildungen und 22 Farbtafeln umfaßt, schon einen großen und wichtigen Teil unserer Erde in musterquäntlicher Darstellung. Es besteht wohl kaum noch ein Zweifel, daß dieses Handbuch der geographischen Wissenschaft eine notwendige, große und schöne Aufgabe in unserem weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zeitalter erfüllt.

„Führen“ oder „Wachslaffen“? Eine Erweiterung des pädagogischen Grundproblems. Von Prof. Dr. Th. Litt. 3. durchgesehene Auflage. Mit einem Anhang: Das Wesen des

pädagogischen Denkens. (V u. 148 S. 8°. Geh. 4 RM., geb. 5,20 RM., V. G. Teubner, Leipzig.) — Um die Möglichkeit eines einseitigen „Bildungsideal“ für unsere Zeit und um die Methoden zu seiner Verwirklichung geht der Kampf. Seine letzte Entscheidung liegt in der ewigen Frage „Führen“ oder „Wachslaffen“? Lit. versucht in seinem Buch zu zeigen, wie diese Frage niemals „entscheidbar“ weil sie sinnlos ist, solange sie als Alternative angesehen wird. Darin liegt alle Verwirrung der gegenwärtigen theoretischen Situation. Man würde sich verheißeln, wenn man sich entschließt, auf den rechten Sinn dieser Worte zurückzugehen. Lit. zeigt, wie beide Begriffe, zuletzt nur „Führen“ sind, in denen symbolisch sich je eine Seite des pädagogischen Sachverhaltes ausdrückt, wie sie aber beide ihren Gehalt erst gewinnen durch ihre sachliche Aufeinanderbezogenheit: „Wachslaffen“ ist kein bindungsloses „Sichselbstüberlassen“, und „Führen“ nicht ein Verpflichten auf vorgezeichnete feste Formen, oder Bildungsideale der Vergangenheit oder nächsten Zukunft. Führen und Wachslaffen sind vielmehr zusammen ein „Führen“ in die gestaltende Welt des Geistes, der, durch die Zeiten immer sich verwandelnd, fortbauend in uns allen wirkt.

Studentenatraz Göttingen, Blaue: Deutsche Namenkunde mit Namenbuch. (435 Seiten. Geh. 13 RM., in Leinwand 15 RM., J. F. Lehmanns Verlag, München 2 SW.) — Gottschalds Buch ist ähnlichen Werken gegenüber etwas durchaus Neues und Eigenes. Zunächst dürfte es mit etwa 35 000 Namen das bei weitem reichhaltigste Namenbuch sein. Aber auch in den Einzelheiten der Namendeutung enthält das Buch vieles, was bisher nicht genügend ausgewertet wurde. Neu ist z. B. die Ableitung vieler altheidischer Namen aus altgermanischen religiösen Vorstellungen; ferner die Behandlung der einheimischen Namen und der Nischenformen. Auf die Hofnamen wie Hölberlin, Kreuzel und Studel, Blumenstein und Marienhau ist seit ein paar längst vergessenen Bemerkungen Grimm und Hlunds niemand mehr eingegangen. Sehr wichtig ist auch die Statistik der heutigen Familiennamen, die bis heute noch niemand ernstlich zum Zwecke der Deutung benutzt hat. Wenn wir z. B. den Namen Nupf(v)recht in Hannover und Köln je dreimal finden, in München dagegen 110 mal, und in Nürnberg gar 173 mal, so ist es klar, daß dieser Unterschied seine besonderen Gründe haben muß. Nupf(v)recht ist der Name eines Schutzpatrons von Bayern, außerdem der Name mehrerer pfälzischer Herrscher. Ein anderes Beispiel: den Namen Nittas finden wir in Adln und München nur je einmal, in Dresden dagegen 86 mal. Das erklärt sich daraus, daß hier der Name aus Nittas, der wendischen Form von Matthias, entstanden ist. Entsprechend ihrer großen Wichtigkeit sind eben auch die slavischen Namen in weitem Umfange herangezogen; zum ersten Male aber wohl in größerem Maße die in Ostdeutschland so häufigen wendischen Namen. Solche Namen, denen man ihre Herkunft aus dem Wendischen oft nicht ansieht, sind z. B. Antzag, Gohle, Göte, Hörning.

Dr. G. Braun, Karlsruhe.

Liese, Mirus, Rudrach, Koste, Poland, Raschig, Rebslob, Trojan, Weidhaas, Weig, Wiba, Jörnig u. a.

Davos, die Sonnenstadt im Hochgebirge. „Schaubücher“, Bd. 38, herausgegeben von Dr. E. Schaeffer. 82 Bilder, eingeleitet von Kasimir Edschmid. (Geb. 3 Franken, 2,40 RM. Orell Füssli Verlag, Zürich und Leipzig.) — Den Werdegang des alten Wäldner Dorfes hat Kasimir Edschmid in seiner farbengläubigen Art beschrieben, und mit sorgfältigem Bedacht ausgewählte Bilder, die förmlich glänzend wiedergegeben sind, erzählen, wie aus dem Flecken von anno dazumal ein Brennpunkt internationalen Lebens und mondänen Treibens geworden ist. So vereinigen sich denn Wort und Bild zu einem entzückenden „Schaubuch“, das bald in den Händen aller sein wird, deren Blick aufleuchtet beim Klang des Namens „Davos“, und deren sich ja Tausende

Die besiegte Tuberkulose. Eine Sammlung ärztlicher und fachärztlicher Gutachten und Stellungsberechtigungen über die mit dem Friedmannschen Tuberkulose-Heil- und Schutzmittel im In- und Ausland erzielten Erfolge. Herausgegeben von der Internationalen Anti-Tuberkulose-Liga, Sektion Deutschland. 1. bis 10. Tausend. Großtafel. 150 Seiten. Mit 1 Dreifarben- und 3 Rotdrucktafeln. 1931. (Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig, 3 RM.) — In dieser Schrift, die eine gesundheitsliche Kultur aufgabe zu erfüllen bestimmt ist, werden die Tatsachen und Erfolge, die durch die Friedmann-Jungferng erzielt worden sind, dargestellt. Il. a. schildert der Bakteriologie Professor Dr. Enderlein an Hand mikroskopischer Abbildungen, wie infolge einer Heilimpfung die die Tuberkulose erzeugenden Kochschen Bazillen im menschlichen Körper sich zunächst verkleinern, zerfallen und ganz verschwinden. Ferner berichten prominente Fachärzte des In- und Auslandes an Hand zahlreicher Krankheitsgeschichten über die Heil- und Schutzfolge an Menschen und Tieren. Die generelle Behandlung mit dem Friedmannschen Tuberkulosemittel ist heute eine nationale Pflicht!

Improvisation am Klavier, von A. Epping und S. Tauscher (87, 118 Seiten mit 203 Notenbeispielen, geb. Leinen 2,95 RM. Max Hefes Verlag, Berlin-Schöneberg.) — Die Erkenntnis, daß ein Mensch ebenso wie er sich in seiner Muttersprache ausdrücken versteht, auch imhinde sein mußte, eigene musikalische Gedanken zu äußern, ist in der modernen Pädagogik längst durchgedrungen, nur fehlte bis jetzt ein auch für den Laien benutzbarer Wegweiser in dieses Gebiet, vor allem am Instrument. Hier ist er. In lebendiger, ganz unheimlicher Weise wenden sich die Verfasser an die eben imwohnende Musikalität, wecken die Lust am musikalischen Erfinden und führen vom musikalischen Einfalls zur Bewußtmachung der Gesetze, die den musikalischen Erfindungen zu Grunde liegen und zu ihrer Übertragung auf das Instrument. Erfinden, singen, hören, spielen, arbeiten Hand in Hand. Zahlreiche Notenbeispiele und Aufgaben mit Lösungen gestalten den Führer lebendig. Ein praktisches leichtfaßliches Buch, das seinen Weg machen wird.